Politik des Friedens, der Entspannung und Verständigung betrieben wird und eine Trennung von der Adenauer-Politik der Atomrüstung erfolgt. Unsere Bevölkerung hat in ihrem eigenen Lebensinteresse allen Grund, sich mit der DDR, mit allen sozialistischen Staaten gut zu stellen und mit jenen Kräften in Westberlin solidarisch zu sein, die gegen die Atomkriegspolitik kämpfen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-Westberlin ist für eine unabhängige und selbständige Senatspolitik, die ausschließlich von den Interessen der Westberliner ausgeht, und nicht für eine Politik, die von der NATO und dem kalten Krieg bestimmt wird. Wir sind die einzige Partei in Westberlin, die ein konstruktives Programm des Friedens und der sozialen Sicherheit besitzt. Die Senatsparteien haben Barrieren zwischen Westberlin und der DDR errichtet. Wir werden alles tun, um Verhandlungen und die Herstellung normaler Beziehungen zu beschleunigen, denn Frieden durch Verhandlungen ist der einzige Weg, der den Westberlinern nutzt, bei dem alle gewinnen, bei dem niemand verliert.

In den letzten Wochen, liebe Genossinnen und Genossen, mehren sich die Stimmen aus den Reihen der Arbeiterschaft und des Bürgertums, die Verhandlungen des Senats mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordern. In aller Öffentlichkeit haben Sozialdemokraten und Angehörige des Bürgertums, wie der Direktor der Hochschule für Musik, ein bekannter Kabarettist, ein ehemaliger Senator, der Leiter der Evangelischen Akademie und andere Persönlichkeiten, sich dazu bekannt. Dabei geht es nicht nur um die Möglichkeit, Verwandte, Freunde und Bekannte in der DDR wieder besuchen zu können, obwohl dieser Wunsch verständlicherweise eine große Rolle spielt. Es geht vor allem und in erster Linie darum, den kalten Krieg von Westberlin aus einzustellen, den Haß abzubauen und gutnachbarliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik herzustellen.

Ungeachtet dessen, wie der einzelne in Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik steht, ob er ihre geschichtliche und progressive Rolle schon erkennt oder ob er noch gegen die DDR beeinflußt wird, ein Gedanke bewegt viele: Die Interessen der Westberliner erfordern die Herstellung normaler Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik. Diese einfache Wahrheit will der Senat aber nicht verstehen. Unsere Bevölkerung soll weiter die Zeche für einen politischen Kurs bezahlen, der den Realitäten nicht Rechnung trägt.